

Rahmenprüfungs- und Studienordnung für alle BA-Studiengänge „BA Soziale Arbeit & Diakonie“

Inhaltsübersicht

1. Abschnitt: Allgemeines
 - § 1 Geltungsbereich der Rahmenordnung
 - § 2 Zugangsvoraussetzungen
 - § 3 Studienziele
 - § 4 Zulassungsrhythmus und Regelstudienzeit
 - § 5 Erreichen der Studienziele, akademischer Grad und staatliche Anerkennung
2. Abschnitt: Gremien
 - § 6 Prüfungsausschuss
 - § 7 Widerspruchsausschuss
3. Abschnitt: Studienaufbau in Modulen, Credits, Prüfungsaufbau, Studienfachberatung, Lehrveranstaltungen und Studienplan
 - § 8 Studienaufbau in Modulen
 - § 9 Credits
 - § 10 Prüfungsaufbau
 - § 11 Studienfachberatung
 - § 12 Beschränkung des Zugangs zu Lehrveranstaltungen
 - § 13 Studienplan
4. Abschnitt: Prüfungen
 - § 14 Prüfer_innen
 - § 15 Modulprüfung
 - § 16 Nachteilsausgleich, Mutterschutzfristen und Elternzeit
 - § 17 Bewertung der Prüfungsleistungen
 - § 18 Wiederholung, Versäumnis, Rücktritt und Verlängerung von Prüfungen
 - § 19 Täuschung und Ordnungsverstoß
 - § 20 Ausgabe, Abgabe, Bewertung und Wiederholung der Bachelor-Thesis
 - § 21 Bildung der Abschlussnote
5. Abschnitt: Studienpraktische Leistungen
 - § 22 Studienpraktische Leistungen
6. Abschnitt: Sonstige Prüfungsregelungen
 - § 23 Anrechnung von Studienzeiten und Prüfungsleistungen
 - § 24 Zeugnis, Urkunde und Diploma Supplement
 - § 25 Einsicht in die Prüfungsakten
 - § 26 Widerspruch
 - § 27 Ungültigkeit der Prüfung, Behebung von Prüfungsmängeln
7. Abschnitt: Schlussvorschriften
 - § 28 Inkrafttreten

1. Abschnitt: Allgemeines

§ 1

Geltungsbereich der Rahmenordnung

- (1) Diese Ordnung gilt für alle Bachelor (BA)-Studiengänge „Soziale Arbeit & Diakonie“ der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit & Diakonie (Evangelische Hochschule Hamburg).
- (2) Gemeinsame inhaltliche Basis sind die vier Profile aller Studiengänge „BA Soziale Arbeit & Diakonie“, die jedem Studiengang durch ihre unterschiedliche Gewichtung einen eigenen Schwerpunkt geben.

- (3) Von dieser Rahmenordnung abweichende oder diese Rahmenordnung ergänzende Regelungen für die einzelnen Studiengänge finden sich in deren jeweiligen Prüfungs- und Studienordnungen.

§ 2

Zugangsvoraussetzungen

- (1) Die Studienbewerber_innen müssen entsprechend § 113 Absatz 1 Nr. 1 HmbHG die Voraussetzungen für den Zugang zum Studiengang Soziale Arbeit an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg gem. §§ 37, 38 HmbHG in der jeweils geltenden Fassung nachweisen.
- (2) Wer in einem Bachelor-Studiengang Soziale Arbeit oder einem verwandten Studiengang eine Prüfung endgültig nicht bestanden hat, kann nicht zum Studiengang „Soziale Arbeit & Diakonie“ an der Evangelischen Hochschule Hamburg zugelassen werden.

§ 3

Studienziele

Die Studierenden sollen die Fähigkeit entwickeln, in den verschiedenen sozialen, erzieherischen, pflegerischen und diakonischen Berufsfeldern unter Anwendung wissenschaftlicher Kenntnisse und Methoden und unter Beachtung diakonischer Wertorientierungen

- die Lebenswelten und Problemlagen der Adressat_innen zu erkunden und zu verstehen;
- den Adressat_innen fachkompetente Hilfestellungen zur Verbesserung ihrer Lebenssituation anzubieten, ihre Lebenswelten mitzugestalten und sie zur Selbsthilfe zu befähigen;
- die Rahmenbedingungen zu analysieren, sie im Sinne der Adressat_innen zu nutzen und gegebenenfalls zu verändern;
- die eigene Person und das eigene berufliche Verhalten zu reflektieren und weiter zu entwickeln.

§ 4

Zulassungsrhythmus und Regelstudienzeit

- (1) Die Zulassung zu den Studiengängen erfolgt jährlich in der Regel zum Wintersemester.
- (2) Das Studienjahr umfasst Winter- und Sommersemester; es beginnt in der Regel am 1. Oktober eines Jahres und endet am 30. September des darauf folgenden.
- (3) Die Regelstudienzeit für einen BA-Studiengang beträgt drei Jahre (sechs Semester).

§ 5

Erreichen der Studienziele, akademischer Grad und staatliche Anerkennung

- (1) Durch die bestandenen Prüfungsleistungen wird nachgewiesen, dass die Studienziele erreicht wurden.
- (2) Die BA-Studiengänge „Soziale Arbeit & Diakonie“ führen zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss. Nach erfolgreichem Studienabschluss wird der akademische Grad „Bachelor of Arts (B.A.)“ verliehen.
- (3) Die staatliche Anerkennung wird nach den Vorschriften des Gesetzes über die staatliche Anerkennung von Sozialpädagoginnen und Sozialarbeiterinnen sowie Sozialpädagogen und Sozialarbeitern der Freien und Hansestadt Hamburg vom 13. Februar 2006 (HmbGVBl. S. 60) in seiner jeweils geltenden Fassung verliehen und zusammen mit dem akademischen Grad erworben.

2. Abschnitt: Gremien

§ 6

Prüfungsausschuss

- (1) Für die Organisation der Prüfungen in den BA- und MA- Studiengängen und die Wahrnehmung der ihm in dieser Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben wird ein gemeinsamer Prüfungsausschuss gebildet. Ihm gehören fünf Mitglieder an: Die bzw. der Vorsitzende, die Stellvertretung, eine hauptamtlich Lehrende oder ein hauptamtlich Lehrender und zwei Studierende. Die Amtszeit der studentischen Mitglieder beträgt ein Jahr, die der übrigen Mitglieder zwei Jahre. Die Wiederwahl ist zulässig.
- (2) Die bzw. der Vorsitzende sowie die Stellvertretung werden von dem Hochschulsenat aus dem Kreise der hauptamtlich Lehrenden der Evangelischen Hochschule Hamburg bestellt. Die übrigen Mitglieder sowie deren Stellvertretungen (je ein hauptamtlich lehrendes und ein studentisches Mitglied) werden auf Vorschlag ihrer Gruppe von dem Hochschulsenat bestellt.
- (3) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei Prüfungen anwesend zu sein. Der Prüfungsausschuss tagt nicht öffentlich. Die Mitglieder sind zur Verschwiegenheit über alle mit der Prüfung einzelner Studierender zusammenhängender Vorgänge und Beratungen verpflichtet.
- (4) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens drei hauptamtlich lehrende Mitglieder, darunter die bzw. der Vorsitzende oder die Stellvertretung, anwesend sind. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der bzw. des Vorsitzenden, bei Abwesenheit die der Stellvertretung. Der Prüfungsausschuss kann in einer Geschäftsordnung festlegen, in welchen Fällen Beschlüsse im Umlaufverfahren herbeigeführt werden können. Er kann in der Geschäftsordnung einzelne Befugnisse auf die bzw. den Vorsitzenden übertragen. Gegen Entscheidungen der bzw. des Vorsitzenden oder der Stellvertretung können die Betroffenen den Prüfungsausschuss anrufen; die Anrufung hat aufschiebende Wirkung.
- (5) Alle Anträge an den Prüfungsausschuss bzw. deren Vorsitzende oder Vorsitzenden sind schriftlich zu stellen. Beschlüsse des Prüfungsausschusses sind zu protokollieren. Die Beschlüsse des Prüfungsausschusses sowie die Entscheidungen der bzw. des Vorsitzenden im Rahmen der ihr oder ihm übertragenen Befugnisse sind für alle Beteiligten verbindlich. Die Rechte der Studierenden auf Durchführung eines Widerspruchs- und Gerichtsverfahrens bleiben hiervon unberührt.

§ 7

Widerspruchsausschuss

- (1) Über Widersprüche in Prüfungsangelegenheiten entscheidet ein Widerspruchsausschuss. Ihm gehören an
 1. eine vom Hochschulsenat bestimmte Person mit der Befähigung zum Richteramt als Vorsitzende oder Vorsitzender,
 2. je ein Mitglied aus der Gruppe der hauptamtlich Lehrenden und der Studierenden der Evangelischen Hochschule Hamburg.Die Mitglieder nach Satz 2 Nummer 2 sowie je zwei Stellvertretungen werden vom Hochschulsenat auf Vorschlag ihrer Gruppe für jeweils ein Jahr gewählt. Die Mitglieder und ihre Stellvertretungen dürfen nicht zugleich dem Prüfungsausschuss als Mitglied oder Stellvertretung angehören. Die Wiederwahl ist zulässig.
- (2) Der Widerspruchsausschuss darf die Bewertung von Prüfungsleistungen nur daraufhin überprüfen, ob die Prüfer_innen maßgebende Vorschriften nicht beachtet haben, von einem unrichtigen Sachverhalt ausgegangen sind, allgemein gültige Bewertungsmaßstäbe verkannt oder sachfremde Erwägungen angestellt haben. Hält der Widerspruchsausschuss einen die Bewertung von Prüfungsleistungen betreffenden Widerspruch für begründet und ist nicht eine bestimmte Bewertung allein Rechtens, ordnet er an, dass schriftliche Arbeiten erneut zu bewerten, andere Prüfungsleistungen erneut zu erbringen sind. Der Widerspruchsausschuss kann anordnen, dass andere Prüfer_innen zu bestellen sind.
- (3) Der Widerspruchsausschuss hört die an der Bewertung der angegriffenen Prüfungsleistung beteiligten Prüfer_innen an, soweit die Bewertung der Prüfer_in gerügt wird. Die Prüfer_innen sind im Rahmen der Anhörung befugt, die von der oder dem Widersprechenden

beanstandete Bewertung zu verbessern. Über andere die Prüfungsentscheidung betreffende Rügen kann der Widerspruchsausschuss ohne Anhörung der Prüfer_innen entscheiden.

3. Abschnitt: Studienaufbau in Modulen, Credits, Prüfungsaufbau, Studienfachberatung, Lehrveranstaltungen und Studienplan

§ 8

Studienaufbau in Modulen

Die Studiengänge sind modular aufgebaut. Näheres ist in der jeweiligen Prüfungs- und Studienordnung des einzelnen Studienganges geregelt.

§ 9

Credits

- (1) Die Arbeitsbelastung (Präsenz, Selbststudium, Praxis und Prüfungsaufwand) für die einzelnen Module wird in Credits ausgewiesen. Grundlage ist das European Credit Transfer System (ECTS). Die Arbeitsbelastung für einen Credit beträgt 30 Stunden.
- (2) Voraussetzung für den Studienabschluss ist der Erwerb von 180 Credits.
- (3) Der Erwerb von Credits ist an das Bestehen der Prüfungsleistungen in den jeweiligen Modulen gebunden.

§ 10

Prüfungsaufbau

- (1) Der Studienabschluss wird in studienbegleitenden Prüfungen erlangt.
- (2) In jedem Modul ist eine Modulprüfung zu erbringen. Die Modulprüfung besteht aus mindestens einer benoteten Prüfungsleistung. Näheres ist in der jeweiligen Prüfungs- und Studienordnung des einzelnen Studienganges geregelt.
- (3) Für jedes Modul werden die erforderlichen Prüfungsleistungen festgelegt. Sind alle Prüfungsleistungen einschließlich der Bachelor-Thesis im Studiengang bestanden, ist das Studium erfolgreich abgeschlossen.

§ 11

Studienfachberatung

- (1) Die Studienfachberatung ist ein ergänzendes studienbegleitendes Beratungsangebot zu allen mit dem Studium in Zusammenhang stehenden Fragen. Die Studienfachberatung erfolgt durch Lehrende des Studiengangs.
- (2) Studierende, die die Regelstudienzeit gemäß § 4 Absatz 3 überschritten haben, müssen innerhalb von einem Semester nach dem Ende der Regelstudienzeit an einer Studienfachberatung teilnehmen, wenn sie nicht bis zum Ende dieses Zeitraums zu den noch ausstehenden Prüfungsleistungen angemeldet sind. Studierende, die nicht an der Studienfachberatung wegen Überschreiten der Regelstudienzeit teilnehmen, können gemäß § 42 Absatz 2 Nummer 7 HmbHG exmatrikuliert werden. Die Entscheidung trifft der Prüfungsausschuss.

§ 12

Beschränkung des Zugangs zu Lehrveranstaltungen

Die Hochschulverwaltung kann den Besuch einer Lehrveranstaltung beschränken, wenn dies zu deren ordnungsgemäßer Durchführung geboten ist. Im Falle der Überbelegung einer Lehrveranstaltung ist durch ein geeignetes Verfahren der Kreis der zugelassenen Studierenden zu ermitteln.

§ 13 Studienplan

Der Studienplan findet sich in der jeweiligen Prüfungs- und Studienordnung des einzelnen Studienganges.

4. Abschnitt: Prüfungen

§ 14 Prüfer_innen

- (1) Zur/Zum Prüfer_in kann bestellt werden, wer in dem Modul, in dem die Prüfungsleistung zu erbringen ist, hauptamtlich oder nebenberuflich lehrt und mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzt (B.A. als akademischer Grad). Ausgenommen davon ist die Bachelor-Thesis. Sie wird von den hauptamtlich Lehrenden und emeritierten Professor_innen begleitet und benotet.
- (2) Lehren in einem Modul mehrere Prüfungsberechtigte, ist vor Beginn der Lehrveranstaltungen festzulegen, wer welche Prüfungsleistungen anbietet.

§ 15 Modulprüfung

- (1) In jedem Modul ist mindestens eine benotete Prüfungsleistung zu erbringen (Modulprüfung). Näheres ist in der jeweiligen Prüfungs- und Studienordnung des einzelnen Studienganges geregelt. Die Prüfung bildet die im Modul gelehrteten Inhalte ab.
- (2) Die Prüfung findet zu den von den Prüfer_innen festgesetzten Terminen innerhalb des jeweiligen Semesters statt. Die Termine und die für die Module vorgesehenen Prüfungsarten werden vor Beginn der Lehrveranstaltung bekannt gegeben. Prüfungen werden in deutscher oder mit Zustimmung aller Beteiligten in englischer Sprache abgenommen.
- (3) Für benotete Prüfungsleistungen kommen folgende Prüfungsarten in Frage:

Nr. 1: Klausur

Eine Klausur ist eine unter Aufsicht anzufertigende Arbeit, in der vorgegebene Aufgaben allein und selbstständig nur mit den zugelassenen Hilfsmitteln zu bearbeiten sind. Die Dauer einer Klausur beträgt mindestens 45, höchstens 120 Minuten.

Nr. 2: Mündliche Prüfung

Eine mündliche Prüfung ist ein Prüfungsgespräch, in dem die Studierenden in freier Rede darlegen sollen, dass sie den Prüfungsstoff beherrschen. Mündliche Prüfungen werden als Einzel- oder Gruppenprüfungen durchgeführt. Soweit die mündliche Prüfung nicht von mehreren Prüfer_innen abgenommen wird, ist die mündliche Prüfung in Gegenwart einer weiteren, sachkundigen Person abzunehmen. Die Prüfungsdauer soll je Studierendem und Stoffgebiet mindestens 15 Minuten und höchstens 30 Minuten betragen. Für mündliche Prüfungen können die Studierenden Prüfungsgegenstände vorschlagen. Ein Prüfungsprotokoll ist anzufertigen, welches bei den Prüfungsakten verbleibt.

Nr. 3: Hausarbeit

Eine Hausarbeit ist eine schriftliche Bearbeitung eines Themas, das den Stoff der betreffenden Lehrveranstaltung erweitert oder vertieft.

Nr. 4: Referat

Ein Referat ist der mündliche Vortrag über ein vorgegebenes Thema. Es ist zusätzlich eine schriftliche Ausarbeitung des Vortragsthemas anzufertigen.

Nr. 5: Praxisreflexionen

Praxisreflexionen werden durch die Anfertigung eines Berichtes über das Praxisfeld und die eigene Tätigkeit darin erbracht.

Nr. 6: Übungsabschlüsse mit Präsentation

Übungsabschlüsse mit Präsentationen von Einzel- und/oder Gruppenarbeiten erfordern eine kontinuierliche aktive Teilnahme der Studierenden. Es kann die schriftliche Ausarbeitung

oder eine sonstige Vorstellung einzelner Übungsaufgaben und Arbeitsergebnisse vorgesehen werden.

Nr. 7: Hausklausur

Eine Hausklausur ist eine ohne Aufsicht angefertigte schriftliche Arbeit, in der einheitlich vorgegebene Aufgaben allein und selbstständig bei freier Wahl der Hilfsmittel innerhalb einer zu begrenzenden Zeit von 2 bis maximal 8 Wochen zu bearbeiten sind.

Nr. 8: Portfolio

Ein Portfolio enthält thematische Ausarbeitungen, künstlerische Darstellungen und Reflexionen des Lernprozesses der Studierenden.

Nr. 9: Planung, Durchführung und Reflexion einer methodisch-didaktischen Realisierung

Nr. 10: Bachelor-Thesis

Mit der Bachelor-Thesis soll der Nachweis erbracht werden, dass die Studierenden in der Lage sind, ein Problem aus dem Gegenstandsbereich der Sozialen Arbeit & Diakonie selbstständig, handlungsorientiert und wissenschaftlich zu bearbeiten.

§ 16

Nachteilsausgleich, Mutterschutzfristen und Elternzeit

- (1) Macht eine Studierende oder ein Studierender glaubhaft, dass sie bzw. er wegen einer Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form oder innerhalb der in dieser Ordnung genannten Prüfungsfristen abzulegen, kann die Vorsitzende bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses die Bearbeitungszeit für Prüfungsleistungen bzw. die Fristen für das Ablegen von Prüfungen verlängern oder gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form gestatten.
- (2) Zur Glaubhaftmachung einer Behinderung kann die Vorlage geeigneter Nachweise verlangt werden.
- (3) Die Schutzbestimmungen entsprechend den gesetzlichen Regelungen über die Mutterschutzfristen und über die Elternzeit werden berücksichtigt.

§ 17

Bewertung der Prüfungsleistungen

- (1) Die Prüfungsleistungen der einzelnen Studierenden werden bewertet. Die Bewertung ist so zu begründen, dass die bzw. der Studierende die die Bewertung tragenden Gründe der Prüfer_in nachvollziehen kann. Bei schriftlich erbrachten Prüfungsleistungen ist die Bewertung schriftlich zu begründen.
- (2) Arbeiten von Gruppen können für einzelne Studierende nur insoweit als Einzelleistungen anerkannt werden, als die zu bewertende individuelle Leistung der einzelnen Studierenden deutlich unterscheidbar ist. Die Abgrenzung der Leistungen der einzelnen Studierenden erfolgt auf Grund der Angabe von Abschnitten oder Seitenzahlen oder durch eine von den Mitgliedern der Gruppe vorzulegende zusätzliche Beschreibung, die eine Abgrenzung des Beitrags der oder des Einzelnen ermöglicht.
- (3) Die Bewertung von Prüfungsleistungen ist innerhalb von 10 Wochen nach Abgabe vorzunehmen. Die Bewertung schließt die Dokumentation des Ergebnisses durch die Prüfer_innen in den Studienbüchern der Studierenden ein.
- (4) Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüfer_innen festgesetzt. Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

| | |
|-----------------------|---|
| 1 = sehr gut | eine hervorragende Leistung |
| 2 = gut | Eine Leistung, eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt |
| 3 = befriedigend | eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht |
| 4 = ausreichend | eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt |
| 5 = nicht ausreichend | eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt |

- (5) Zur differenzierten Bewertung der Prüfungsleistungen werden Zwischenwerte durch Erniedrigen oder Erhöhen der Noten um 0,3 gebildet, die Noten 0,7; 4,3; 4,7 und 5,3 sind ausgeschlossen.
- (6) Eine Prüfungsleistung ist bestanden, wenn sie mindestens mit der Note ausreichend (4,0) bewertet wurde.
- (7) Wird eine in schriftlicher Form zu erbringende Prüfungsleistung mit „nicht ausreichend“ bewertet, kann die bzw. der Studierende beantragen, dass die Prüfungsleistung von einer zweiten Prüfer_in aus dem Kreis der hauptamtlich Lehrenden bewertet wird. Die Note der Prüfung ergibt sich aus dem Durchschnitt der Bewertungen. Der Antrag ist innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses bei der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu stellen, welche bzw. welcher die zweite Prüfer_in bestimmt. Diese Vorschrift gilt nicht für die Bachelor-Thesis.

§ 18

Wiederholung, Versäumnis, Rücktritt und Unterbrechung von Prüfungen

- (1) Bestandene Prüfungsleistungen können nicht wiederholt werden.
- (2) Erstmals nicht bestandene Prüfungsleistungen können zweimal wiederholt werden. Die Wiederholung ist durch die Prüfer_in unverzüglich zu ermöglichen und dem Prüfungsausschuss anzuzeigen. Sind alle Wiederholungsmöglichkeiten ausgeschöpft, ist die entsprechende Prüfungsleistung endgültig nicht bestanden.
- (3) Eine Prüfungsleistung wird mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, wenn die bzw. der Studierende ohne wichtigen Grund einen Prüfungstermin oder eine Prüfungsfrist im Sinne dieser Ordnung versäumt, nach Beginn einer Prüfung zurücktritt oder eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgesehenen Bearbeitungszeit erbringt.
- (4) Der für die Versäumnis oder den Rücktritt geltend gemachte wichtige Grund muss der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit der bzw. des Studierenden oder eines von ihr oder ihm zu versorgenden Kindes kann die Vorlage eines ärztlichen Attestes verlangt werden. Erkennt die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses den geltend gemachten Grund nicht an, entscheidet der Prüfungsausschuss. Wird der Grund als wichtiger Grund anerkannt, so gilt die Prüfung als nicht abgelegt und es wird der nächstmögliche Prüfungstermin durch die Prüfer_in festgesetzt. Im Falle einer für die bzw. den Studierenden nachteiligen Entscheidung ist diese unverzüglich schriftlich mitzuteilen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.
- (5) Die Verlängerung der Bearbeitungszeit einer Prüfungsleistung kann auf Antrag der bzw. des Studierenden vor Ablauf der Bearbeitungsfrist durch die Prüfer_in bei Vorliegen eines wichtigen Grundes um maximal vier Wochen gewährt werden. Der wichtige Grund muss der Prüfer_in unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit der bzw. des Studierenden oder eines von ihr oder ihm zu versorgenden Kindes kann die Vorlage eines ärztlichen Attestes verlangt werden. Erkennt die Prüfer_in den geltend gemachten Grund nicht an, entscheidet der Prüfungsausschuss.

§ 19

Täuschung und Ordnungsverstoß

- (1) Unternehmen Studierende während einer Prüfung einen Täuschungsversuch, werden sie von der Prüfung nicht ausgeschlossen. Die Aufsichtsführenden bzw. Prüfer_innen fertigen über das Vorkommnis einen Vermerk, den sie oder er nach Abschluss der Prüfungsleistung unverzüglich dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses vorlegt. Die Entscheidung über das Vorliegen eines Täuschungsversuchs trifft der Prüfungsausschuss. Den betreffenden Studierenden ist zuvor Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Stellt der Prüfungsausschuss einen Täuschungsversuch fest, wird die Prüfungsleistung mit der Note „nicht ausreichend“ (5,0) bzw. als nicht bestanden bewertet.
- (2) Stellt eine Prüfer_in bei der Korrektur einer schriftlichen Arbeit einen Täuschungsversuch fest, ist die Arbeit von ihr bzw. ihm mit entsprechender Begründung mit „nicht ausreichend“ (5,0) bzw. als nicht bestanden zu bewerten. Der Tag der Rückgabe der schriftlichen Arbeit an die bzw. den Studierenden ist zu dokumentieren. Die bzw. der betroffene Studierende kann ge-

gen die Entscheidung der Prüfer_in binnen einer Frist von einem Monat nach Rückgabe der schriftlichen Arbeit den Prüfungsausschuss anrufen, der dann entsprechend Absatz 1 über das Vorliegen des Täuschungsversuches entscheidet.

- (3) Eine Studierende bzw. ein Studierender, die bzw. der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von der jeweiligen Prüfer_in oder Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss die Studierende bzw. den Studierenden von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen. Belastende Entscheidungen sind der oder dem Studierenden unverzüglich schriftlich mitzuteilen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 20

Ausgabe, Abgabe, Bewertung und Wiederholung der Bachelor-Thesis

- (1) Für die Bachelor-Thesis gelten die nachfolgenden besonderen Vorschriften, soweit sie von anderen Regelungen dieser Prüfungsordnung abweichen.
- (2) Der Prüfungsausschuss legt einen Terminplan für den Antrag, die Ausgabe und die Bewertung der Bachelor-Thesis vor, dessen Einhaltung die Übergabe des Abschlusszeugnisses zum Ende der Regelstudienzeit gewährleistet. Die Studierenden können den Antrag auf Ausgabe der Bachelor-Thesis auch später stellen, dann erfolgt die Übergabe des Abschlusszeugnisses zu einem entsprechend späteren Zeitpunkt.
- (3) Die Zulassung zur Bachelor-Thesis kann beantragen, wer sämtliche Prüfungsleistungen des ersten und zweiten Studienjahres erfolgreich bestanden hat. Die bzw. der Studierende kann mit dem Antrag auf Zulassung das Thema und die Betreuer_in vorschlagen. Dem Vorschlag für die Betreuer_in ist soweit wie möglich und vertretbar zu entsprechen. Die Ausgabe des Themas erfolgt durch die Betreuer_in. Themen, Aufgabenstellung und Umfang sind von der Betreuer_in so zu begrenzen, dass die Frist der Bearbeitung eingehalten werden kann. Der Zeitpunkt der Ausgabe und das Thema werden aktenkundig gemacht.
- (4) Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb der ersten zwei Wochen der Bearbeitungszeit mit schriftlicher Begründung zurückgegeben werden. Das Thema wird von der Betreuer_in zurückgenommen, wenn aus fachlichen Gründen eine Bearbeitung nicht möglich ist. Das neue Thema ist unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von vier Wochen nach der Rückgabe, auszugeben.
- (5) Die Bachelor-Thesis kann nicht als Gruppenarbeit erbracht werden.
- (6) Die Bachelor-Thesis wird in der Regel in deutscher oder englischer Sprache verfasst. Kommt eine Einigung zwischen der Prüfer_in und der bzw. dem Studierenden hierüber nicht zustande, entscheidet der Prüfungsausschuss.
- (7) Die Bearbeitungszeit der Bachelor-Thesis beträgt acht Wochen. Die Frist beginnt mit dem Anfang des Tages nach dem Ausgabedatum der Bachelor-Thesis und endet acht Wochen später mit Ablauf des Wochentages, der durch seine Benennung dem Tag des Ausgabedatums entspricht. Fällt der letzte Tag der Frist auf einen Sonntag, einen staatlich anerkannten allgemeinen Feiertag oder einen Sonnabend, so endet die Frist mit dem Ablauf des nächsten Werktages.
- (8) Über eine Verlängerung der Bearbeitungszeit entscheidet die Vorsitzende bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses auf Antrag entsprechend § 19 Absatz 5 dieser Ordnung. Bei Krankheit der bzw. des Studierenden oder eines von ihr oder ihm zu versorgenden Kindes ist ein qualifiziertes ärztliches Attest vorzulegen. Erkennt die Vorsitzende bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses den geltend gemachten Grund nicht an, entscheidet der Prüfungsausschuss.
- (9) Die Bachelor-Thesis ist fristgerecht in dreifacher schriftlicher Ausfertigung und in elektronischer Form auf einem geeigneten Datenträger beim Studierendensekretariat einzureichen oder diesem – versehen mit dem Poststempel dieses Tages – zuzusenden. Der Abgabepunkt wird aktenkundig gemacht. Bei der Abgabe hat die bzw. der Studierende schriftlich zu versichern, dass sie bzw. er die Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel – insbesondere keine im Quellenverzeichnis nicht benannten Internet-Quellen – benutzt hat und die Arbeit vorher nicht in einem anderen Prüfungsverfahren eingereicht hat.

- (10) Die Bachelor-Thesis ist von der Betreuer_in und einer zweiten Prüfer_in aus dem Kreis der hauptamtlich Lehrenden oder emeritierten Professor_innen zu begutachten. Die zweite Prüfer_in wird durch die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bestimmt. Die Benotung der Bachelor-Thesis ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel der durch die beiden Prüfer_innen vergebenen Noten.
- (11) Die Bachelor-Thesis kann bei einer Gesamtbeurteilung mit „nicht ausreichend“ (5,0) zweimal wiederholt werden.

§ 21 Bildung der Abschlussnote

Aus der Gesamtheit der benoteten Prüfungsleistungen wird eine Abschlussnote gebildet. Hierfür werden die Noten der Prüfungsleistungen sowie die Note der Bachelor-Thesis gewichtet. Die Gewichtung ist in der jeweiligen Prüfungs- und Studienordnung des einzelnen Studienganges geregelt. Bei der Ermittlung der Abschlussnote wird nur die erste Dezimalstelle nach dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Die Abschlussnote der bestandenen Bachelorprüfung lautet:

| | |
|---|---------------|
| bei einem Durchschnitt bis einschließlich 1,5 | sehr gut, |
| bei einem Durchschnitt von 1,6 bis einschließlich 2,5 | gut, |
| bei einem Durchschnitt von 2,6 bis einschließlich 3,5 | befriedigend, |
| bei einem Durchschnitt von 3,6 bis einschließlich 4,0 | ausreichend. |

5. Abschnitt Studienpraktische Leistungen

§ 22 Studienpraktische Leistungen

Näheres ist in der jeweiligen Prüfungs- und Studienordnung des einzelnen Studienganges geregelt.

6. Abschnitt Sonstige Prüfungsregelungen

§ 23 Anrechnung von Studienzeiten und Prüfungsleistungen

- (1) Die durch vorherige Studienzeiten und Prüfungsleistungen erworbenen Kompetenzen werden angerechnet, soweit keine wesentlichen Unterschiede zu den in den BA-Studiengängen der Evangelischen Hochschule zu erwerbenden Kompetenzen durch die Hochschule nachgewiesen werden. Bei der Anrechnung von Studienzeiten und Prüfungsleistungen, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erbracht wurden, sind die von der Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen, die Lissabon-Konvention sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten. Eine Anrechnung unter Auflagen ist zulässig, soweit diese Auflagen nicht Grundsätzen der Lissabon-Konvention widersprechen.
- (2) Für Studienzeiten und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien gilt Absatz 1 entsprechend. Auf andere Weise als durch ein Studium erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten, die jenen gleichwertig und für einen erfolgreichen Abschluss eines Studienganges erforderlich sind, sind in einem Umfang von bis zur Hälfte auf die zu erbringenden Studien- und Prüfungsleistungen anzurechnen.

- (3) Werden benotete Prüfungsleistungen angerechnet, sind die Noten zu übernehmen und in die Abschlussnotenbildung mit einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen ist die für das Modul abgelegte Prüfungsleistung mit „bestanden“ zu bewerten.
- (4) Bei Vorliegen der Voraussetzungen der Absätze 1 bis 3 besteht ein Rechtsanspruch auf Anrechnung. Die Studierenden haben die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen vorzulegen.
- (5) Über die Anrechnung entscheidet der Prüfungsausschuss auf Antrag der betreffenden Studierenden und auf der Grundlage einer Bestätigung über keine wesentlichen Unterschiede der durch die Leistungen erworbenen Kompetenzen durch eine bzw. einen im jeweiligen Fachgebiet hauptamtlichen Lehrenden spätestens innerhalb von vier Monaten. Die Ablehnung der Anrechnung ist der bzw. dem Studierenden unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 24

Zeugnis, Urkunde und Diploma Supplement

- (1) Über den erfolgreichen Studienabschluss soll unverzüglich nach Bestehen der letzten Prüfungsleistung ein Zeugnis ausgestellt werden. Das Zeugnis enthält die Module mit den in ihnen erzielten Noten und mit den in den Modulen erworbenen Credits, das Thema und die Note der Bachelor-Thesis, die Abschlussnote mit einem Hinweis auf deren Notenbildung und die insgesamt erworbenen Credits. Das Zeugnis ist von der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen und mit dem Siegel der Evangelischen Hochschule Hamburg zu versehen. Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist.
- (2) Gleichzeitig mit dem Zeugnis erhält die bzw. der Studierende die Urkunde mit dem Datum des Zeugnisses. Darin wird die Verleihung des akademischen Grades beurkundet. Die Urkunde wird durch die Rektorin bzw. den Rektor unterzeichnet und mit dem Siegel der Evangelischen Hochschule Hamburg versehen. Auf Antrag der bzw. des Studierenden wird der Urkunde zusätzlich eine englischsprachige Übersetzung beigelegt.
- (3) Darüber hinaus stellt der Prüfungsausschuss ein Diploma Supplement aus, das Angaben über Studieninhalte, Studienverlauf und die mit dem Abschluss erworbenen akademischen und beruflichen Qualifikationen enthält, wie es nach dem Muster der KMK vorgesehen ist.
- (4) Wer das Studium ohne Studienabschluss beendet, erhält auf Antrag eine Bescheinigung, aus der die erbrachten Prüfungsleistungen, deren Noten und die erworbenen Credits hervorgehen. Die Bescheinigung muss erkennen lassen, dass der Studienabschluss nicht erreicht wurde oder nicht bestanden wurde.
- (5) Wer die Prüfung endgültig nicht bestanden hat, erhält hierüber einen schriftlichen Bescheid, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.

§ 25

Einsicht in die Prüfungsakten

- (1) Über jede Studierende und jeden Studierenden wird eine Prüfungsakte geführt. Sie kann in schriftlicher und/oder elektronischer Form geführt werden. Die Prüfungsakte dokumentiert alle im Hinblick auf den Studienerfolg relevanten Prüfungs- und Leistungsereignisse.
- (2) Die Aufbewahrungsfrist für die Leistungsübersicht über folgende Prüfungs- und Studienergebnisse beträgt fünfzig Jahre: die Ergebnisse aller Module mit sämtlichen Leistungen, der Bachelor-Thesis und der Praxiszeiten sowie die Durchschrift der ausgestellten Zeugnisse und der Urkunde über die Verleihung des akademischen Grades. Die Daten können auch in elektronischer Form gespeichert werden. Die genannte Frist beginnt mit dem Tag der Ausstellung des Abschlusszeugnisses bzw. der Exmatrikulation. Nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist sind die schriftlichen Unterlagen zu vernichten, die in elektronischer Form gespeicherten Daten zu löschen.
- (3) Die schriftlichen Leistungen einschließlich der Bachelor-Thesis werden nach Bekanntgabe der Bewertung an die Studierenden zurückgegeben. Die elektronische Fassung der Bachelor-Thesis verbleibt bei den Prüfungsakten. Werden die schriftlichen Leistungen nicht abgeholt,

- sind sie fünf Jahre lang aufzubewahren und danach zu vernichten. Die Frist beginnt mit Ablauf des Semesters, in dem die entsprechende Prüfungsleistung erbracht wurde.
- (4) In die Prüfungsakte ist den Studierenden bzw. ehemaligen Studierenden bis zum Ablauf der Aufbewahrungsfrist Einsicht zu gewähren.

§ 26 Widerspruch

Widersprüche in Prüfungsangelegenheiten sind bei der bzw. dem Vorsitzenden des Widerspruchsausschusses einzulegen. Der Widerspruch soll schriftlich begründet werden.

§ 27 Ungültigkeit der Prüfung und Behebung von Prüfungsmängeln

- (1) Hat eine Studierende oder ein Studierender bei Erbringung einer Prüfungsleistung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, kann der Prüfungsausschuss nachträglich die betreffende Prüfungsleistung mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewerten, die weiteren davon berührten Noten berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären. Vor einer Entscheidung ist der bzw. dem Studierenden Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Das unrichtige Prüfungszeugnis sowie die Urkunde über die Verleihung des akademischen Grades sind einzuziehen.
- (2) Eine Entscheidung nach Absatz 1 ist nach Ablauf einer Frist von fünf Jahren, beginnend mit dem Datum des Abschlusszeugnisses, ausgeschlossen.
- (3) Waren die Voraussetzungen für die Ablegung einer Prüfungsleistung nicht erfüllt, ohne dass die oder der Studierende hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfungsleistung geheilt.

7. Abschnitt Schlussvorschriften

§ 28 Inkrafttreten

Diese Rahmenprüfungs- und Studienordnung tritt am 1. Oktober 2014 in Kraft. Sie gilt erstmals für Studierende, die ihr Studium zum Wintersemester 2014/2015 beginnen.

Beschlossen auf der Hochschulkonferenz am 12.06.2013.

Genehmigt durch das Kuratorium am 20.06.2013.

Änderung beschlossen auf der Hochschulkonferenz am 18.06.2014.

Änderung genehmigt durch das Kuratorium am 26.06.2014.

Änderung beschlossen durch den Hochschulsenat am 24.6.2015.

Änderung genehmigt durch den Hochschulrat am 02.07.2015.

Die Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung hat am 01.12.2015 gemäß §113 Absatz 2 Satz 2 in Verbindung mit §108 des Hamburgischen Hochschulgesetzes die Prüfungsordnung in der vorstehenden Fassung genehmigt.